



HESSISCHER LANDTAG

20. 04. 2021

Plenum

Antrag

**Wolfgang Decker (SPD), Lisa Gnadt (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Frank-Tilo Becher (SPD), Tobias Eckert (SPD), Nadine Gersberg (SPD),
Dr. Daniela Sommer (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**
Solidarisch durch die Krise – Für faire Arbeit und fairen Lohn

Die Corona-Krise stellt unsere Gesellschaft, unsere Arbeitswelt und unsere Wirtschaft auf eine harte Bewährungsprobe. Diese Krise lässt sich nur gemeinsam und solidarisch überwinden. Gemeinsam muss einer drohenden Spaltung der Gesellschaft und einer Spaltung des Arbeitsmarktes im „Windschatten“ der Pandemie entgegengewirkt werden. Neben dem Schutz der Gesundheit müssen Beschäftigung, faire Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung auch nach der Krise Maßstab für den Arbeitsmarkt sein und bleiben!

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass in der Corona-Krise eine Festigung und der gleichzeitige Ausbau des Sozialstaates notwendig sind.
2. Der Hessische Landtag fordert weitere staatliche Überbrückungshilfen des Landes zur Unterstützung existenzgefährdeter Branchen, Betriebe und Solo-Selbstständiger und zum Schutz von Arbeitsplätzen.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es keine verlorene Generation Corona geben darf. Die Hessische Landesregierung wird daher aufgefordert, jede Anstrengung zu unternehmen, damit alle junge Menschen eine Ausbildung beginnen und auch erfolgreich abschließen können.
4. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine Stärkung und Ausweitung der Tarifbindung einzusetzen.
5. Der Hessische Landtag spricht sich für weitere Einschränkungen bei den sogenannten sachgrundlosen Befristungen aus.
6. Der Hessische Landtag unterstützt eine sozialverträgliche Gestaltung des Transformations- und Digitalisierungsprozesses, der die Beschäftigung sichert.
7. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Transformations- und Innovationsfond des Landes für die von den Prozessen betroffenen hessische Betriebe zu schaffen, einen „Lotsen“ für diese Prozesse im hessischen Wirtschaftsministerium zur Unterstützung der Betriebe und Unternehmen und eine Transformationsberatung für Beschäftigte einzurichten.
8. Der Hessische Landtag unterstützt den „Industriedialog“ als Prinzip einer Industriepolitik des Landes und fordert die Hessische Landesregierung auf, endlich zu handeln und diesen Dialog zu nutzen, um die Wirtschaft zu stärken und Beschäftigung zu sichern.
9. Der Hessische Landtag spricht sich für eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 12 € je Zeitstunde aus.
10. Der Hessische Landtag spricht sich außerdem für einen hessischen Mindestlohn von 13 € für alle unmittelbar oder mittelbar beim Land Beschäftigten aus, die diese Lohngrenze noch unterschreiten.

11. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Besoldung von A 12/E 12 auf A 13/E 13 für alle Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer anzuheben.
12. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, eine bessere Besoldungsstruktur und personelle Entlastung bei der hessischen Polizei, einschließlich einer Verbesserung des Zulagenwesens vorzunehmen.
13. In der Corona-Krise ist vielen Menschen schlagartig bewusst geworden, welche essenzielle Bedeutung die sozialen Berufe haben. Der Landtag spricht sich für eine Aufwertung der sozialen Berufe einschließlich angemessener Tarifentlohnung aller in der Pflege und in der Erziehung tätigen Beschäftigten aus.
14. Der Hessische Landtag spricht sich dafür aus, dass eine öffentliche Auftragsvergabe nur an Auftragnehmer erfolgt, die tariftreue und angemessene soziale Standards gewährleisten, sowie einen Lohn entsprechend der Eingangsentsgeltgruppe des TV-H zahlen.
15. Der Hessische Landtag unterstützt grundsätzlich Arbeitsmodelle, die sich in der aktuellen Pandemie als besonders sinnvoll erwiesen haben. Hierzu zählen ein Recht auf mobiles Arbeiten bzw. Homeoffice oder auf Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, flexible Arbeitsmodelle im Landesdienst weiterhin zu stärken und auszubauen.
16. Der Hessische Landtag spricht sich für einen wirksamen Arbeitsschutz in allen Arbeitsbranchen aus, dem insbesondere in der Pandemie herausragende Bedeutung zukommt und der vom Land, stärker als bisher, wirksamer kontrolliert und durchgesetzt werden muss.
17. Die Hessische Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, sich für eine volle Gleichberechtigung und Gleichstellung auch im Berufsleben, die vor allem der besonderen Situation von Frauen im Beruf Rechnung trägt und eine Entgeltgleichheit verbindlich festschreibt, einzusetzen und entsprechende Änderungen insbesondere in den Bereichen herbeizuführen, in denen das Land Hessen Einflussmöglichkeit hat.
18. Des Weiteren spricht sich der Landtag dafür aus, eine Verstetigung des Rechtes auf Teilzeitbeschäftigung sowie des Rückkehrrechtes in Vollzeitbeschäftigung voranzutreiben.
19. Der Landtag stellt fest, dass ein gemeinsames und solidarisches Europa, auch in der Arbeitswelt, zur Bekämpfung der Corona-Krise notwendig ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. April 2021

Wolfgang Decker
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Tobias Eckert
Nadine Gersberg
Dr. Daniela Sommer
Turgut Yüksel

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser